

Daneben
icht scheuen
leicht habe-
betrieben.
öglich zu
denken.

atürlich an-
de nachzu-
suchen
dankt zu ver-
H's aus-
holt dorau-
stigen ver-
e Verände-
stellen.
genossen zu
er und nach
Hungersnot
kärt.

Beilage zur „Weißeritz-Zeitung“

Nr. 8

Donnerstag, am 10. Januar 1935

101. Jahrgang

Kurze Notizen

Der Führer und Reichskanzler hat die ihm angetragene Ehrenbürgerschaft des Nordseebades Norderney angenommen.

Im Festsaal des Alten Palais in Darmstadt fand die feierliche Übernahme der hessischen Justizverwaltung auf das Reich durch den Staatssekretär Dr. Freisler statt.

Die noch nicht wiedererrichteten Arbeiter der Citroën-Werke, das sind etwa 3/4 der Belegschaft, haben den Beschluss gefaßt, am kommenden Sonnabend einen sogenannten Hungermarsch zur französischen Rammre zu unternehmen.

400 Mitglieder einer Arbeiter-Organisation begannen in den Vorzimmern des Staatspräsidenten von Mexiko einen Hungerstreik, den sie durchführen wollen, bis Präsident Cardenas die Gruppe empfängt und ihre Forderungen anhört. Sie verlangen u. a. die Besteigung des Amtstheobes, ferner gleiche Bezahlung für Männer und Frauen in den Fabriken.

Polizeiverschiebungen an der Saar

Merkwürdige Meldungen ließen in diesen Tagen durch die Öffentlichkeit: Während die Saarregierung seit einem Jahr den Völkerbund händeringend um Verstärkung der Polizeikräfte an der Saar ersucht hatte, nimmt dieselbe Saarregierung, nachdem ihr Wunsch durch Entsendung eines 3300 Mann starken internationalen Polizeitörps erfüllt worden ist, eine fast völlige Entblößung des gesamten linksaarischen Gebietes von den bisher dort stationierten Polizeiposten vor. Anfragen bei dem zuständigen Polizeireferenten der Saarregierung, dem französischen heimburger, konnten das Rätsel nicht entzünden. Im Gegenteil, es wurde noch verwirrender durch die sich widersprechenden Auskünfte, die hier heimburger gab. Zuerst sollte es sich um eine Maßnahme zur Verstärkung der Polizeikräfte in dem rechtsaarischen Gebiet handeln. Später wollte er von solchen Verschiebungen der linksaarischen Polizeikräfte nichts wissen. Nicht ohne Grund sagt sich die Öffentlichkeit, daß hinter solchen Merkwürdigkeiten sich Absichten zu verborgen scheinen, die, da man sie geheimnisvoll behandelt, Mißtrauen und Bedenken auslösen müssen.

Die Vorgänge werden auch dadurch nicht klarer, daß nach den neueren Meldungen vor allem alle Landjägerposten an den Grenzübergangsstellen der saarländisch-lothringischen Grenze zurückgezogen wurden, so daß die Kontrolle nach Frankreich zu ausschließlich von französischen Zollbeamten ausgeübt wird. Man kann über den Sinn dieser Anordnung die verschiedensten Mutmaßungen haben. Ob sie dem Kern der Wirklichkeit nahekommen, läßt sich bei der vollen Un durchsichtigkeit der Politik der Saarregierung nicht ausmachen. Wir könnten uns z. B. denken, daß gewisse Kreise im Saargebiet, die allerdings zum allergeringsten Teil dort ansässig sind, ein Interesse daran haben, in den jüngsten Tagen der Abstimmungshochspannung allerlei Elemente aus Frankreich hereinzuholen, die bestimmte Aufgaben erfüllen sollen, und wäre es auch „nur“ die Ansetzung von Aufklärern. Wir könnten uns ferner denken, daß eine ganze Reihe von Personen, die sich jetzt im Saargebiet breitmachen, das große Wort geführt und sich als Vertreter des Saargebietes ausgegeben haben, Wert darauf legt, möglichst unkontrolliert dieses Emigrantenparadies in Richtung Westen zu verlassen. Und da der Präsident der Saarregierung, Herr Knog, ein weiches Herz für die Emigranten und ähnliche Erscheinungen besitzt, so ist er vielleicht ihren Wünschen entgegenkommen, indem er ihren Auszug unter Ausdruck der Öffentlichkeit durch Entfernung saarländischer Zollbeamten erleichtert wollte. Ueberhaupt: Was liege sich ohne saarländische Kontrolle jetzt in den letzten Tagen und Wochen des jüngsten Saarregimes nicht alles bequemer abschieben?

Wie gelagt, das sind Mutmaßungen, zu welchen man kommen kann, wenn man die letzten Monate der Saar kennen kann, wenn man die leichten Monate der Saar überraschungen mit einigermaßen offenen Augen und Ohren erlebt hat. Wir gehen nicht so weit, der Beschriftung Aufdruck zu geben, als ob hinter diesen Maßnahmen französisch Einsamkeit wünsche stünden. Schließlich leben wir heute nicht mehr in der Zeit poincaristischer Gewaltstests. Soeben hat Frankreichs Außenminister Laval mit Mussolini in Rom eine Aussprache über die verschiedensten Probleme der Weltpolitik gehabt und hat mit ihm eine Reihe von Protokollen unterzeichnet, die, wie er selbst erklärt, der Friedenssicherung dienen sollen. Man kann aber unmöglich auf der einen Seite Friedensprotokolle unterzeichnen und auf der andern kriegsähnliche Maßnahmen vorbereiten.

Es ist schließlich auch noch eine andere Deutung möglich. Herr Knog hat zur Zeit eine Polizeimacht zur Verfügung, die sich leicht gerechnet auf 5000 Köpfe beläuft. Er hat diese Stärke im Hinblick auf die Sicherstellung einer ordnungsmäßigen Durchführung der Saarabstimmung für notwendig gehalten. Er ist aber gleichzeitig der oberste Verwaltungsbeamte des Landes, erfüllt also politische Aufgaben, die seiner ganzen Einstellung nach sich nicht restlos mit dem Gedanken einer unbeeinflußten Volksabstimmung decken. Es entsteht die Frage: Beträchtet Herr Knog die ihm zur Verfügung stehenden Polizeikräfte ihm als Verwaltungsbeamte oder als unparteiischen Sachwalter der Abstimmung als unterstellt? Es ergeben sich daraus gewisse Konfliktmomente, die sich gerade am Mittwoch bei dem Zwischenfall in dem Gebäude der Landesleitung der Deutschen Front auswirken. Nun besteht aber neben der

Beginnende Einsicht

Abrüstungsdebatte in vollem Gange.

London, 10. Januar.

Das englische Kabinett trat zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien zusammen. Gegenstand der Besprechungen war hauptsächlich die Außenpolitik. Die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Mussolini und Laval in Rom wurden zur Kenntnis genommen, und auch die Abrüstungsfrage wurde behandelt.

Großsegelbewahrer Eden hielt in Edinburgh eine politische Rede, in der er sagte, das französisch-italienische Abkommen stelle einen wichtigen Beitrag zu gefestigten Zuständen in Europa dar. „Ich glaube“, fuhr Eden fort, „daß das Abkommen zu einer merklichen Befreiung am gesamten europäischen Horizont führen wird. Dies ist ein guter Anfang für das neue Jahr, in dem noch viel zu tun übrig bleibt.“ Zur auswärtigen Politik Großbritanniens führte Eden aus, das „europäische Gleichgewicht“ sei nicht mehr die Politik Großbritanniens. „Unsere Außenpolitik gründet sich auf den Völkerbund und auf die Aufrechterhaltung des Kollektivfriedenssystems. Das Jahr 1934 hat einen wichtigen Fortschritt, und ich hoffe, 1935 wird einen neuen und vielleicht entscheidenden Schritt zu einer Neuordnung sehen, die den Völkern immerwährenden Frieden bringen wird.“ Der diplomatische Mitarbeiter der „Morning Post“ schreibt, im Anschluß an die Vereinbarungen von Rom solle ein umfassender Versuch unternommen werden, der Einigung Europas ein Ende zu machen. Vor allem werde danach gestrebt, Deutschland auf dem Wege über ein Abkommen über die Rüstungsbegrenzung nach Genf zurückzubringen. Dieser Gedanke sei von Simon bei seinem Aufenthalt in Paris vor Weihnachten geäußert worden und habe einen der Beratungsgegenstände zwischen Laval und

Mussolini gebildet. Simon und Eden würden nächste Woche in Genf eifrig dafür eintreten. Bei dem Londoner Aufenthalt Lalandes und Lavauls werde dieser Gedanke von neuem erwogen werden.

Der britische Vorschlag gehe darauf hinaus, daß Frankreich nach Erhalt weiterer Sicherheiten in Gestalt seiner Vereinbarung mit Italien und den vorgeschlagenen Garantie über Österreich nunmehr Deutschland ein gewisses Maß von Rüstung zugestehen solle. Die französische Zustimmung würde natürlich von der Unterzeichnung der Garantie durch Deutschland abhängig gemacht werden. Andererseits werde eingesehen, daß Deutschland dies nur tun werde, wenn es eine Gegenleistung in Form der Unterzeichnung seiner Rüstung erhält.

Während äußert sich auch das stets gutunterrichtete Pariser Blatt „Deutsche“. Es heißt in dem Blatt, in Rom glaube man, daß der französische Außenminister mit Mussolini eine Deutschland abzugebende Erklärung ins Auge gesetzt habe, wonach unter Hinweis auf die Entscheidung vom Dezember 1932 Deutschland nicht unbeschränkt seine Rüstung fortsetzen dürfe, ohne die Unterzeichnermächte im Kenntnis zu setzen. Diese würden sich dann bereitfinden, die Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiet der Rüstung anzuerkennen, sobald sich Deutschland durch ein internationales Abkommen zur Übernahme der Pflichten und Verpflichtungen der übrigen Nationen befasse. In Rom glaube man, daß Laval auf dieser Grundlage in London verhandeln könnte, bevor er in den kommenden Monaten nach Berlin reise.

Saarregierung noch die vom Völkerbund eingesetzte Abstimmungskommission, die zweifellos den ernsten Willen hat, ihre Aufgaben im wahrsten Sinne neutral zu erfüllen. Die Abstimmungskommission kann allerdings über die Abstimmungspolizei nur auf dem Umwege über die Saarregierung verfügen. Und hier scheinen sich Differenzen ergeben zu haben, die sich nicht gerade zum Besten der wirtschaftlich hinreichend drangalierten Saarbevölkerung auswirken.

Für die Saarbevölkerung, aber auch für das deutsche Volk heißt es angesichts dieser etwas kritischen Lage, die

Nein behalten. Man soll sich die Tatsache vergegenwärtigen, daß zur Zeit im Saargebiet rund 250 Vertreter der Welt Presse anwesend sind. Es mögen viele unter ihnen sein, die bereitwillig den Kurs der Saarregierung und des Saar-Separatismus mitteilen. Es sind aber zweifellos auch mindestens soviel vorhanden, die mit offenen Augen und mit klarer Vernunft die Dinge an der Saar betrachten. Sie sind Augenzeugen und werden deshalb sich ihr Urteil selbst zu bilden wissen. Heute liegen die Dinge nicht so wie etwa im August 1920, daß man das Saargebiet von der Außenwelt einfach abriegeln und dort tun und lassen kann, was man will. Man konnte die laudatorischen Grenzposten nach der lothringischen Seite hin zurückziehen, man kann es aber nicht verhindern, daß die Weltöffentlichkeit mit um so größerer Aufmerksamkeit die Dinge beobachtet, die sich dort etwas entwickeln könnten. Für das deutsche Volk gilt deshalb das alte Wort: Binge machen gilt nicht. Das gilt um so mehr, als es weiß, daß das Saarvolk nur einen Willen und ein Ziel hat, nämlich, in vorbildlicher Disziplin die Saarabstimmung durchzuführen und damit die Saarfreiheit zu erringen.

Der 10. Januar

Ein schmalzschwerer Tag.

SPD. Bei einer Betrachtung des politischen Zeitgeschichtens verdient der 10. Januar besondere Beachtung; denn an diesem Tage jährt sich jeweils dieser oder jener während der schwärmenden Vergangenheit Deutschland aufgezwungener Vertragsabschluß, unter dem wir auch heute noch leiden. So wurde u. a. am 10. Januar vor 15 Jahren die Abtrennung des Remigebietes rechtsträchtig; in Südtirol wurde die Italienisierung der deutschen Familiennamen angeordnet; die Provinz Bozen wurde an den Freistaat Bozen abgetreten; ein interalliiertes Befehl teilte die Eisenbahndirection Saarbrücken in zwei selbständige Eisenbahndirectionen, und zwar in Saarbrücken und Trier.

Der 10. Januar erinnert uns aber weiter an das Durchstreiten des schwärmenden Vertrages von Versailles, der heute unterschiedlos von jedermann als das größte Schanddokument der Geschichte angesehen wird und angefeindet werden muß, das jeweils zwischen Kulturbürgern abgeschlossen worden ist. Noch heute muß man die Frage aufrufen, wie es möglich war, daß Männer, die sich als „Beauftragte“ des deutschen Volkes fühlten, „Vertreter“ eines Volkes von Ruhm und Bedeutung von Ehre und Gewissen, eben dieses Volk so schmälerlich verraten konnten, wie es seinerzeit durch den Vertragsabschluß in Versailles geschah.

Und schließlich erinnert uns der 10. Januar noch an den Tag, an dem vor 15 Jahren das Saargebiet auf die Dauer von 15 Jahren dem Deutschen Reich „entzogen“ und unter die „Aufsicht“ des Völkerbundes gestellt wurde.

Am 11. Januar 1925 errichteten dann die Franzosen im Saargebiet die französischen Zollhoheit. Dieser Tag jährt sich am Freitag zum zehnten Male. Was die Errichtung der französischen Zollhoheit im Saargebiet für den deutsch-saarländischen Wirtschaftsverkehr bedeutete, was sich hier für Schwierigkeiten ergaben, die überhaupt kaum zu umgehen waren, das wissen nicht nur die saarländischen

Wirtschaftstreure. Heute sind es nur noch wenige Tage vor dem Zeitpunkt, an dem die Saarländer und alle, die es einmal waren, gelegentlich der Abstimmung ihre Stimme für Deutschland abgeben werden. Dann wird der Tag nicht mehr allzu fern sein, an dem auch im Saargebiet wieder die deutsche Zollhoheit zur Einführung gelangt, ein Ereignis, dessen Auswirkung nicht nur Deutschland, sondern hauptsächlich der Saarbevölkerung dienen wird.

Gerade jetzt vor der Abstimmung, vor der Heimkehr des Saarvolkes in das Ritterland, muß man sich noch einmal vor Augen führen, welche Leiden und Qualen unsere Brüder und Schwestern an der Saar während dieser vierzig Jahren unter der Fremdherrschaft ertragen mußten. Sie alle haben aber trotz großer Entbehrungen und jeglicher Hemmungen ausgehalten, und wir werden ihnen die Tore weit öffnen, um ihnen am 13. Januar einen willkommenen Empfang zu bereiten.

Separatistische Provocation

Ungehörte Herausforderung der Deutschen Front.

Saarbrücken, 10. Januar.

Eine Reihe von Werbern der separatistischen „Neuen Saarpost“, die die neueste Nummer der Zeitung zu Werbezwecken verteilte, drangt um die Mittagszeit in den Garten des Hauses der Deutschen Front ein und bestreute die ganze Treppe des Hauses mit Werbegemälden.

Die Werber versuchten auch, in das Haus selbst einzudringen. Sie wurden aber von dem Büropersonal aus dem Hause und dem Garten verwiesen. Dabei griffen einige der Werber das Büropersonal der Landesleitung der Deutschen Front an. Einige der Werber flüchteten und alarmierten das Ueberfallkommando.

Wie sich jetzt ergibt, handelt es sich bei dem Vorfall um eine unglaubliche bestellte Provocation. Die weiteren Ermittlungen haben nämlich ergeben, daß aus dem Hause der Deutschen Front nur ein Büroangestellter herausgekommen ist und die Werber zum Verlassen des Gartens aufgefordert hat. Dagegen haben dann die Werber, die ausländischen Photographen mitgebracht hatten und in den Gartens eingedrungen waren in der Hoffnung, einen schweren Zwischenfall provozieren zu können, selbst ihre Werbegemälde vor dem Hause der Deutschen Front zerstören und zerstreuen.

Untersuchung des Zwischenfalls

Unmittelbar nach der planmäßigen separatistischen Provocation an der Landesleitung der Deutschen Front begaben sich der saarländische Polizeichef Hennig und der Kommandant der Saarbrücker Polizei Sie an Ort und Stelle, um in korrekter Weise die erforderlichen Untersuchungen innerhalb und außerhalb des Hauses vorzunehmen und sich besonders von den Augenzeugen der Landesleitung über die Vorfälle unterrichten zu lassen.

Sieben der festgestellten separatistischen Unruhestifter wurden nach Beendigung der Untersuchung zwecks weiterer Vernehmungen vom Ueberfallwagen der blauen Polizei mitgenommen.

Lothringer Kommunisten agitieren im Saargebiet

Rights sind in der Nähe von Furtwangen, hauptsächlich auf dem linken Saarufer von Kommunisten die Telefonleitungen auf Streifen von mehreren hundert Metern durchtrennt und die